

Erzähler vom Westerwald

Hachener Tageblatt

Tägliche Nachrichten

für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der achtseitigen Wochenbeilage
Illustriertes Sonntagsblatt.

Aufschrift für Drahtnachrichten:
Erzähler Hachenburg, Fernruf Nr. 72

Mit der Monatsbeilage: Aufheber für
Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.

Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhölzel in Hachenburg

Während des Krieges müssen die Freibeilagen weglassen.

Hachenburg, Dienstag den 26. November 1918.

Anzeigenpreis (zahlbar im voraus):
die sechspaltige Zeitzeile ober deren
Raum 20 Pfg., die Restzeile 60 Pfg.

11. Jahrg.

Nr. 275

Bezugspreis: vierteljährlich 2.70 M.,
monatlich 90 Pfg. mit Frangierlohn; durch die
Post 2.55 M. bezw. 85 Pfg. ohne Bestellgeld.

Keine Diktatur Berlins.

Ebert für ein demokratisches einheitliches Deutschland.
Berlin, 23. November.

Der starke Widerspruch aus den Einzelstaaten gegen eine Berliner Willkürregierung, der auch die gebarnichten Hosen an die Reichsregierung hervorrief, hat diese einer Erklärung veranlaßt. Auf das Telegramm des Reichsstaatsministers Ulrich hat der Volksbeauftragte Ebert im Namen der Reichsregierung folgende Antwort erlassen:

„Durch ihre Einladung der Einzelstaaten zu einer Konferenz in Berlin hat die Reichsregierung zum Ausdruck gebracht, daß sie weit entfernt ist, die Einzelstaaten andrücken, vielmehr auf enge Zusammenarbeit mit ihnen in der Wiederherstellung des Reichs Wert legt. Sie steht in der Nationalversammlung ebenfalls das vornehmste Mittel zur Erreichung dieses Ziels. Sie strebt nicht nach der Diktatur einer Stadt, oder eines Bundesstaats, sondern nach der solidarischen Demokratie eines einheitlichen Deutschlands.“

Mittlerweile sind die Verhandlungen zwischen der Regierung und dem Volksrat des Berliner AER zu einer Vereinbarung gediehen, als deren Resultat amtlich folgendes bekanntgegeben wird:

1. Die politische Gewalt liegt in den Händen der AER der deutschen sozialistischen Republik. Ihre Aufgabe ist es, die Erzeugnisse der Revolution zu behaupten und auszubauen, sowie die Gegenrevolution niederzuhalten.
2. Bis eine Delegiertenversammlung der AER einen Volksrat der deutschen Republik gewählt hat, übt der Berliner Volksrat die Funktionen der AER der deutschen Republik im Einverständnis mit den AER von Groß-Berlin aus.
3. Die Bestellung des Rates der Volksbeauftragten durch den AER von Groß-Berlin bedeutet die Übertragung der Exekutive der Republik.
4. Die Berufung und Abberufung der Mitglieder des entscheidenden Kabinetts der Republik und — bis zur endgültigen Regelung der staatlichen Verhältnisse — auch Preußens, erfolgt durch den zentralen Volksrat, dem auch das Recht der Kontrolle zusteht.
5. Vor der Berufung der Sachminister durch das Kabinetts ist der Volksrat zu hören.

Diese Vereinbarung bedeutet also tatsächlich die vorläufige Vorherrschaft der AER, wenn auch die Übertragung der Ausführungsgewalt an die Volksbeauftragten festgelegt ist. Der Berliner Volksrat nimmt tatsächlich die Rechte einer Volksvertretung des ganzen Reiches für sich in Anspruch. Daß dieser Zustand nicht haltbar ist, hat man wohl eingesehen. Deshalb will man Mitte nächsten Monats eine Delegiertenversammlung der AER des ganzen Reiches in Berlin zusammenberufen, die einen Zentralrat wählen soll, der dann den neuen Volksrat ernennen soll. Damit wäre die Gefahr des Überwucherns Berliner Einflüsse im Volksrat beseitigt. Freilich hätte auch dieser Volksrat schwerlich die Berechtigung, sich als Volksvertretung zu fühlen. Das könnte nur die Nationalversammlung.

Für baldige Einberufung der Nationalversammlung und gegen jede Diktatur treten in veröffentlichten Beschlüssen ein die Soldatenräte in Rowno, Königsberg, Hamburg-Altona, Frankfurt a. M., der 4. Armee u. a. Sie protestieren alleinstimmig, die Regierung, den Rat der Volksbeauftragten, zu einem Organ des Volksrates der Berliner AER zu machen und fordern einmütig die Nationalversammlung. Amtlich wird ferner mitgeteilt, daß die Vordische Vorläufige Volksregierung auf der Konferenz mit der Reichsregierung sich entschieden für die baldige Einberufung der deutschen Nationalversammlung einsetzen wird. Baden wird auf der Konferenz durch den Ministerpräsidenten Geis und den Minister des Innern Haas vertreten sein.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Mit der Frage der Zukunft der deutschen Seeschifffahrt hat sich noch kurz vor seinem Tode der bekannte Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie befaßt. Auf Grund eingehender Beratungen mit den Reedereivereinigungen hatte Ballin eine Denkschrift ausgearbeitet, die als Grundlage vorliegt, daß Deutschland keine Handelsflotte zur freien Verfügung behalten soll. Dafür würde Deutschland auf Grund bestimmter Vereinbarungen bezüglich der Preise und Lieferfristen für eine bestimmte Zeit ausschließlich für die Handelsflotte der Entente und insbesondere für England bauen. Der neuen Regierung ist bereits das Projekt übermittelt worden, und es haben bereits Beratungen darüber stattgefunden. Soweit bisher bekannt geworden ist, hat die deutsche Regierung im allgemeinen den Entwurf Ballins auch zu dem ihrigen gemacht.

+ Zur Begründung einer Deutschen Volkspartei schweben derzeit zwischen der Leitung der Nationalliberalen Partei und führenden Persönlichkeiten der früheren Fortschrittlichen Volkspartei Verhandlungen über einen Zusammenschluß beider Gruppen zu einer einheitlichen Deutschen Volkspartei.

+ Ein neues Steuerfluchtgesetz, dessen Hauptbestimmungen folgende sind: Es ist verboten, Wertpapiere ins Ausland zu verbringen anders als durch Vermittlung der Banken. Banken dürfen einen Auftrag auf Verbringung von Wertpapieren ins Ausland oder auf Gutschrift von einem inländischen auf ein ausländisches Konto nur ausführen, wenn der Antragsteller in doppelter Ausfertigung eine Erklärung über Inhalt und Zweck des Geschäftes abgibt. Eine Abschrift dieser Erklärung hat die Bank in einer Woche an die Steuerbehörde einzureichen. Die eigenen Geschäfte der Bank fallen nicht unter diese Bestimmungen. Das Reichswirtschaftsamt kann weitere Ausnahmen gestatten. Auf Übertretungen sind sehr hohe Strafen gesetzt, nämlich 100 000 Mark Geldstrafe, wohlwiegend mit Gefängnis bis zu drei Jahren und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

+ Der Thronverzicht in Baden seitens des Großherzogs und des Thronfolgers, des Prinzen Max, ist nun auch erfolgt. Der Großherzog entbinde alle Beamten, Soldaten und Staatsbürger ihres Treueides, um sie in ihrem Gewissen nicht zu hemmen. Die Proklamation schließt mit den Worten: „Mein und meiner Vorfahren Leisten war die Wohlfahrt des badischen Landes. Sie ist es auch bei diesem meinem letzten schweren Schritt. Mein und der Meinigen Liebe zu meinem Volke hört nimmer auf! Gott schütze mein liebes Badener Land!“

+ Um die Ruhe in Oberschlesien aufrechtzuerhalten, hat sich das Mitglied der Regierung Haase dorthin begeben und an die Vertreter der Behörden sowie der AER eine längere Ansprache gehalten, in der er u. a. betonte: „In meinem großen Bedauern hat der Regierungspräsident von Oppeln das Verhältnis der Regierung zu den Polen noch nicht recht aufgefaßt. Er stellt es als ein Einigenkommen dar, daß jetzt den Polen eingeräumt worden ist, in gewissen Stufen der Schule den Religionsunterricht in polnischer Sprache erteilen zu lassen. Es ist nicht ein Entgegenkommen, sondern die Erfüllung eines wohl begründeten Anspruchs.“ Der Redner erklärte in seinen weiteren Ausführungen, daß in bezug auf Trennung von Kirche und Staat von der preussischen Regierung sorgfältig vorbereitete Maßnahmen getroffen werden, damit arme Kirchengemeinden nicht in finanzielle Bedrängnis kommen.

+ Verbaltens Einspruch gegen die Trennung von Kirche und Staat erhebt der Erzbischof von Köln namens aller deutschen Bischöfe. Er bezeichnet in einem Schreiben an die preussische Regierung die geplante Trennung als einen flagranten Rechtsbruch und sagt: „Wenn beabsichtigt wird, diese Trennung auf dem Wege einer bloßen Verordnung und nicht durch die Gesetzgebung zu vollziehen, so ist das keine Gesetzesmaßnahme, sondern ein Akt willkürlicher Gewalt.“

+ Zu der vom preussischen Justizministerium erlassenen Amnestie für politische Straftaten sind noch nähere Bestimmungen bekanntgegeben worden. Anhängige Verfahren sind niederzuliegen. Die Strafvollstreckung soll sofort unterbrochen werden und weitere Vollstreckungsmaßnahmen sind weiterhin nicht mehr einzuleiten. Auch für nichtpolitische Straftaten steht eine Amnestie bevor, und schon jetzt sind die Vollstreckungsbehörden angewiesen worden, die Vollstreckung von Strafen von nicht mehr als drei Monaten Gefängnis sofort zu unterbrechen und Verfahren wegen Straftaten, bei dem keine höhere Strafe wie drei Monate Gefängnis zu erwarten ist, erst gar nicht mehr einzuleiten. Alle Urteile werden nicht mehr im Namen des Königs erlassen, sondern es heißt jetzt nur noch: „Es wird erkannt usw. und zum Schluss einfach: Amtsgericht, bzw. Landgericht Berlin usw.“ Die neue Staatsform wird nicht erwähnt.

China.

+ Der schon mehrfach angekündigte Einmarsch der Amerikaner in China und Rußland scheint nunmehr erfolgen zu sollen. So wird aus Tokio gemeldet, daß die Vereinigten Staaten längs der chinesischen Eisenbahn, die die Verbindungsline der Mandschurei mit Sibirien bildet, 60 000 Mann Militär aufstellen wollen. Verhandlungen mit Japan und China, bei denen die beiden Länder versucht werden, für diesen Zweck Raketen zu errichten, sind mißglückt. Die Vereinigten Staaten haben jetzt beschlossen, selbst in Chardin Raketen für zwei Regimenter zu bauen.

Nus In- und Ausland.

Berlin, 23. Nov. Berichte aus Oberschlesien belagen, daß von einzelnen Belegschaften geradezu unkontrollierte Forderungen, wie sechsständige Arbeitszeit und 30 Mark Schichtlohn, gestellt werden. Teilweise ist es bereits zu Arbeits-einstellungen gekommen.

Berlin, 23. Nov. In Nordwestdeutschland haben die vereinigten AER Oldenburg, Ostfriesland, Bremen, Regierungsbezirk Stade, Osnabrück, Danenburg und Schleswig-Holstein bereits eine neue Republik mit dem Sitz in Hamburg gebildet.

Dresden, 23. Nov. Die Regierung hat ein neues Arbeits- und Wirtschaftsministerium eingeführt.

München, 23. Nov. Der frühere bayerische Kronprinz hat sich nach der Schweiz begeben, wo Besprechungen mit Vertretern des alten Systems in Deutschland und Österreich stattfinden sollen.

Trier, 23. Nov. In acht amerikanischen Automobilen brachte ein amerikanischer Offizier über 150 deutsche Mannschaften nach Trier, die an der Front die Übergabe geleitet hatten.

London, 23. Nov. Lord Robert Cecil und der Nahrungsmittelkontrollleur Clones sind aus der Regierung ausgetreten.

München, 24. November Aus den Berliner Gesandtschaftsberichten des Grafen Verdenfeld veröffentlicht die bayrische Regierung Beiträge zur Vorgeschichte des Weltkrieges. Die erste dieser Urkunden ist ein vom 18. Juli 1914 datierter Bericht des Grafen Verdenfeld über die Beziehungen zwischen der Berliner Regierung und dem Ultimatum Österreichs an Serbien. Es heißt darin: „Daß Serbien die mit seiner Würde als unabhängiger Staat unvereinbaren Forderungen Österreichs nicht annehmen kann, liegt auf der Hand. Die Folge wäre also der Krieg. Hier ist man durchaus damit einverstanden, daß Österreich die günstige Stunde nicht selbst auf die Gefahr weiterer Verwickelungen hin.“ In einem Telefonat der bayerischen Gesandtschaft vom 31. Juli 1914 wird die Überzeugung ausgesprochen, „daß die zweifellos redlichen Bemühungen Bregens, für die Erhaltung des Friedens zu wirken, den Gang der Dinge nicht aufhalten werden.“ Weiter wird mitgeteilt, daß der preussische Generalstab damit rechne, Frankreich in vier Wochen niederwerfen zu können.

Berlin, 24. November. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Soli, hat an die österreichischen Regierungen eine neue Note gegen den „Waffenstillstand der Vernichtung“ gerichtet. Die Bestimmungen dieses Waffenstillstandes, so erklärt er, bedeuten in ihrer Durchführung nicht eine Brücke zum Frieden, sondern die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Das deutsche Volk aber wolle die Feindseligkeiten nicht wieder beginnen und könne es auch nicht. Die von der französischen Regierung in Klaff-Löhringen getroffenen Maßnahmen seien nichts anderes, als Versuche, den Entschiedenheiten der Friedenskonferenz mit Gewalt vorzuarbeiten.

Sva, 24. November. In der letzten Vollkammer der Waffenstillstandskommission teilte General Rudant mit, daß Marshall Koch die von der deutschen Waffenstillstandskommission erbetenen Milderungen der Waffenstillstandsbedingungen, insbesondere also eine Verlängerung der Räumungsfrist, abgelehnt habe, und zwar ohne irgend welche Begründung für diese Ablehnung zu geben. General von Winterfeldt überaß darauf der Waffenstillstandskommission eine Protestnote, in der darauf hingewiesen wird, daß die Franzosen als Sieger ihre Macht in rücksichtsloser Weise ausnützten.

Berlin, 24. November. Der Volksbeauftragte Ebert äußerte sich dem hiesigen Vertreter der „Weiser-Zeitung“ gegenüber über die Einberufung der Nationalversammlung. Er betonte mit aller Entschiedenheit, daß die Regierung von Anfang an die Berufung einer konstituierenden Versammlung für durchaus notwendig gehalten habe und an dieser Auffassung auch heute noch entschlossen festhalte. Die Nationalversammlung solle sobald wie möglich berufen werden, um die staatsrechtliche Grundlage für die sozialistische Republik zu schaffen.

Berlin, 24. November. Der Volksrat des Berliner Arbeiter- und Soldaten-Rates wird, soweit es sich um die Erledigung der von ihm provisorisch für das ganze Gebiet der Republik zustehenden Geschäfte handelt, durch Mitglieder aus dem Rat ergänzt, die von der Vertretung der Arbeiter- und Soldaten-Räte der nichtpreussischen Bundesstaaten zu wählen sind.

Für Frieden und Lebensmittelfuhr.

Ein neuer Schritt der Regierung.

Das Rotterdamer Blatt „Nieuwe Rotterdamse Courant“ erhielt aus Paris Meldungen über einen neuen Schritt Deutschlands in der Richtung des baldigen Friedensschlusses und der Lebensmittelfuhr:

Die Meldung lautet: Die schweizerische Regierung übermittelte den Regierungen der Alliierten und der Vereinigten Staaten eine Mitteilung der deutschen Regierung, worin erlucht wird:

1. Um sofortige Eröffnung von Verhandlungen über den Frieden. 2. Das Zusammentreten einer deutsch-amerikanischen Konferenz in Haag, die über die Lebensmittelfuhr Deutschlands beraten soll.

Demgegenüber wird von französischer Seite betont, daß die Vereinigten Staaten die Absicht schon zu erkennen gegeben haben, im engen Zusammenhang mit den übrigen Alliierten zu verhandeln.

Staatssekretär Warm über unsere Ernährung.

Mit der äußerst schwierigen Ernährungslage beschäftigt sich eine Erklärung des Staatssekretärs Warm. Danach ist die Ernährungslage viel zu günstig eingeschätzt worden. Viele Zufuhren aus dem Osten bleiben jetzt aus und die Kriegsgefangenen haben die Arbeit eingestellt, wodurch Millionen Tausend Kartoffeln erstoren. Die Abschachtung der Wäldchen eröffnet für die Sterblichkeit der Kinder die traurigsten Aussichten. Die harten Waffenstillstandsbedingungen haben eine ordnungsmäßige Proviant-

verwirklichtung unmöglich gemacht. Dazu kommt die Abgabe der Transportmittel. Obwohl der zentrale Verwaltungsausschuss ausgedehnt funktioniert, steht ohne rechtlichen Einfluß einer Diktation Amerika und der Neutralen der Zusammenbruch vor der Tür.

Der weitere Rückmarsch.

Zunehmende Schwierigkeiten der deutschen Truppen.
Noch will unsere Herrschaft.

Die Behauptung, daß die Franzosen kampfhaft nach einem Grund suchen, um die Feindseligkeiten wieder aufzunehmen, scheint leider, wie von unabhängiger Seite erklärt wird, Tatsache zu werden. Schon hat die Reichsleitung nochmals ausdrücklich Befehl gegeben, sich auf kein Gefecht mit den Franzosen einzulassen, selbst wenn diese schleichen. Die französischen Generale wollen jeden Versuch in der Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen mit der Kündigung des Waffenstillstandes beantworten, trotzdem die deutsche Herrschaft sich die denkbar größte Mühe gibt, alle Bedingungen so gut und so schnell es geht, zu erfüllen. Ein möglicher Einfluß, der von den französischen Sozialisten ausgeht, ist nicht zu bemerken, jedenfalls setzt er sich nicht durch.

Unsere Westarmee zieht sich unerbittlich weiter zurück, wobei naturgemäß die Schwierigkeiten wachsen. Unter den geschlossenen Formationen herrscht durchweg ununterbrochene Ordnung. Zur Ausübung des Grenschutzes gegen Übergriffe belgischer Bländerer und deutscher Marodierer wird, nachdem die letzten deutschen Truppen die Grenzgegend verlassen haben, eine starke Grenzwaage aus eintausenden Seereschiffen gebildet.

Eine Mahnung Hindenburgs.

Generalfeldmarschall Hindenburg hat ein Telegramm an die Reichsleitung gerichtet, worin er sagt: „Die Waffenstillstandsbedingungen, die die Haltung der feindlichen Mitglieder der Kommission, insbesondere der französischen, durchaus ablehnend ist, daß die Gegner weiterhin Unmöglichkeiten fordern und daß es nicht ausgeschlossen ist, daß die Franzosen sich Rechtshilfe für eine Wiederaufnahme des Kampfes schaffen wollen. Ich muß ausdrücklich betonen, daß das deutsche Volk infolge der Härte der Waffenstillstandsbedingungen und unter dem Einfluß der Ereignisse in der Heimat nicht in der Lage ist, den Kampf wieder aufzunehmen. Selbst ein Kampf allein gegen die französische Armee wäre nicht möglich. Ich halte es für meine Pflicht, dies auch deshalb zu betonen, weil aus Äußerungen der feindlichen Presse hervorgeht, daß die feindlichen Regierungen nur mit einer deutschen Regierung, die sich auf die Mehrheit des Volkes stützt, Frieden schließen werden.“

Französische Machenschaften.

Die deutsche Regierung hat sich veranlaßt gesehen, an die gegnerischen Regierungen folgende Note zu richten: Nach Absatz 1 zum Waffenstillstandsabkommen sollen Belgien, Frankreich, Luxemburg und Elsaß-Lothringen innerhalb 15 Tagen in drei Gruppen geräumt werden. Die drei Gruppen sind auf einer Karte verzeichnet. Die dritte Gruppe greift auf der Karte weithin Bayern und zwischen Metz und Saarbrücken, und zwar einschließlich Saarbrücken und Saarbrücken, auf rheinländisches Gebiet über. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß dies erfolgt ist, um zu verhindern, daß Gebiete zu Elsaß-Lothringen beziehungsweise zu Luxemburg zu schlagen.

Weiter betont die Note, daß der Protest der deutschen Kommissionsmitglieder nicht beachtet worden ist. Die deutsche Regierung legt gegen jeden Versuch einer Loslösung dieser Gebiete feierlichst Verwahrung ein.

Berlin, 24. November. Von gutunterrichteter Seite erfahren wir folgende Tatsachen, die mit eindringlicher Deutlichkeit zeigen, mit welcher unpersonlichen Sach und Mißtrauen der Franzose die Waffenstillstandsbedingungen durchzuführen gedenkt: Die deutschen Delegierten bei der Waffenstillstandskommission in Spa haben einen außerordentlich schweren

Stand. Warshall noch besteht in allem auf seinen Ehren und hält seine Vertreter an, die Erfüllung der unannehmerlichen und zum größten Teil praktisch unmöglichen Bedingungen des Waffenstillstandsabkommens rückwärts zu drücken. Alle von den deutschen Vertretern vorgebrachten Beweisführungen und Vorstellungen bleiben gänzlich erfolglos. Der Gegner will sich eben nicht überzeugen lassen und verhält sich Tatsachen gegenüber, die bei jedem militärischen Sachverhältnis oder jedem klarer wirtschaftlicher Verhältnisse ohne weiteres überzeugend wirken müßten, gänzlich ablehnend. Die Folgen, welche die Durchführung der maßlosen Bedingungen auf das Wirtschaftsleben, auch auf das der Entente, sowie auf die Ernährung und die inneren politischen Zustände des deutschen Volkes haben müssen, haben trotz eindringlicher Darlegung seitens der deutschen Vertreter bisher nicht die geringste Beachtung gefunden. Das deutsche Volk darf sich keinerlei Illusionen hingeben. Es hat einen erbarmungslosen Feind vor sich, der nicht verhandelt, sondern diktieren will, der nicht an Völkerverständnis denkt, sondern mit roher Gewalt einen Teil der Vorteile, die er von dem Friedensschluß erwartet, schon während des Waffenstillstandes in die Schenken zu bringen hofft. In der Sitzung vom 21. November hat der Vorsitzende der deutschen Kommission, General von Winterfeldt, noch einmal feierlich gegen eine derartige unannehmerliche Durchführung eines Waffenstillstandes Protest erhoben. Der Protest wurde von dem französischen Vorsitzenden mit den Worten entgegengenommen: Il n'y a pas de réponse à donner! (Eine Antwort erübrigt sich!)

Abfall der Rheinländer?

In einem Briefe aus Köln beschäftigt sich der Vorkämpfer mit der zu befürchtenden Loslösung des Rheinlands vom Reich. Es machen sich, wie er berichtet, in allen Schichten des rheinischen Bürgertums, in erster Linie jedoch in liberalen Kreisen, ernsthafte Bestrebungen zur Gründung einer Republik im Rheinland geltend. Nahrung erhält diese Neigung zur Trennung vom Reich durch die Vorgänge in Berlin, die den Rheinländern die holländische Gefahr als sehr drohend erscheinen lassen. Wandel lassen könnte vielleicht nur noch die sofortige Fälligkeit des Beschlusses der Wahl zur Nationalversammlung, die den Rheinländern beweist, daß die Regierung den festen Willen habe, die holländischen Elemente nicht die Oberhand gewinnen zu lassen.

Auf die Möglichkeit des Reichszerfalls wies, wie daselbe Blatt mitteilt, auch der bayerische Ministerpräsident Eisner hin. In einer Unterredung mit einem Schweizer Vertreter großer Ententeblätter erklärte er, daß in Süddeutschland, vor allem in Bayern, die Losrennungsbefürwortungen bedrohlich anwachsenden, wenn in Berlin der Sozialismus zur Herrschaft gelangt.

Für die Reichsarmee des Rheinlandes bricht dagegen die Ähnliche Volksmeinung eine Woge, in dem sie schreibt:

Die Frage, ob im Rheinlande ernsthafte Bestrebungen im Gange seien, die auf eine Losrennung der Rheinprovinz vom Reich abzielen, ist zu verneinen. Die Rheinprovinz erstrebt bewußt und entschlossen, ebenso wie die übrigen Länder im Reich ihre Unabhängigkeit von der geistlichen und politischen Diktatur Berlins, wünscht aber im übrigen ein Glied der deutschen Einheit zu bleiben, in der sie mehr als früher ihren Einfluß geltend zu machen gewillt ist.

Verstärkte Weidungen.

Bern, 23. Nov. Nach einer Äußerung des Senators Doumer, Vorsitzenden des Ausschusses im Senat betragen die Verluste Frankreichs an Toten 1,8 Millionen.

Genf, 23. Nov. Die französische Regierung wird am 27. Dezember einen Sonderzug von Paris abgehen lassen, um den Mitgliedern des Parlaments einen Besuch Elsaß-Lothringens zu ermöglichen. Es ist in Aussicht genommen, Mühlhausen, Kolmar, Straßburg und Metz zu besuchen.

Kraut, 23. Nov. Divisionsgeneral Rozvadomski erhielt die Weisung, daß die polnischen Truppen die ganze Stadt Domburg und Umgebung eingenommen haben.

Konstanz, 23. Nov. Der bekannte General Krafft v. Delmeningen wurde vom Soldatenrat in einem Hotel nahe Ulm verhaftet und nach Neu-Ulm gebracht.

nen Gatten, und da er mit Graf Rochus in einem sehr freundschaftlichen Verhältnis gestanden hatte, berührte ihn das unangenehm. Aber er nahm die Gräfin doch gleich wieder vor sich selbst in Schutz und sagte sich, daß sich in ihrer Seele wohl mancherlei Bitterkeiten angesammelt haben mochten, die sich nun Luft machen wollten.

Ueber diesen Erwägungen überlegte er ganz, daß sie ihm durch ihre Worte starke Avancen machte. Auch war er viel zu unbefangen und dachte nicht im Traum daran, daß die Gräfin ein besonderes Interesse für ihn haben könnte.

„Ich habe allerdings Rochus nie für einen oberflächlichen Menschen gehalten, Gerlinde. Vielleicht bist du ein wenig verbittert. Du mußt zu vergessen suchen. Und was an mir liegt, will ich gern tun, um dir dabei zu helfen.“

Sie deutete diese Worte ganz falsch und so, wie sie es hat gewünscht. Mit einem aufleuchtenden Blick reichte sie ihm die Hand.

„Ich danke dir, Rainer, deine Hilfe nehme ich dankbar an.“

Er blieb harmlos und unbefangen und sagte herzlich:

„Und noch jemand soll dir dabei helfen, Gerlinde.“

Sie sah ihn überrascht und fragend an.

„Was meinst du damit?“

Mit freudigem Gesicht richtete er sich straff empor.

„Das sollst du jetzt hören, Gerlinde. Ich sage dir vorher, es sollte mir ein freundliches Omen sein, daß du bei meiner Heimkehr ein festlich weißes Gewand anlegst, und die Trauer aus Schloß Ramberg verbannt hast. Denn Schloß Ramberg soll wieder eine Herrin bekommen.“

Gerlindes Herz schlug bis zum Halse hinauf. Sollte sie der Erfüllung ihrer Wünsche schon so nahe sein? Sie glaubte, seine Worte mußten sich auf sie beziehen.

„Eine Herrin?“ stammelte sie verwirrt.

„Ja, Gerlinde.“ sagte er, ihre Hand mit warmem Druck fassend, so daß sie schon innerlich aufschauzte.

„Ich habe mich verlobt.“

Fortsetzung folgt.

München, 23. Nov. Der Fürst-Erzbischof von Breslau Graf Dohna ist auf der Flucht nach der Schweiz in München eingetroffen und wohnt im Franziskaner-Kloster. Er hat bisher in einem Kloster in der Oberpfalz, hat sich aber nicht mehr sicher gefühlt.

Wien, 23. Nov. Nach einer Meldung aus Budapest sind dort 11000 französische Soldaten, darunter auch Kolonietruppen eingetroffen.

Singen, 23. Nov. Bei St. Goar und im Rheingau werden Brücken über den Rhein erbaut, um dem Unfug zu hintertreiben, daß die von der Front zurückgebrachten großen Warenmengen auf den Bahnhöfen aufgestaut werden.

Oertliche und Provinznachrichten.

Sachsenburg, 26. November.

* Der gestrige Katharinenmarkt zeigte im Stahrenverkehr ausbleibendes Friedensgepräge, was wohl zum Teil von dem zahlreichen nach hier entlassenen und durchgehenden Militär herrührte. Dagegen lastete auf dem Erwerb Leben nach der vollen Pracht der Zeit.

(1) Heute gleich unter Städtchen einem bewegten Altlager. Seit früh am Morgen zogen Truppen aller Gattungen auf den alten Heerstrahlen aus der Richtung Altsteden und Höchstendbach heran, die teils sofort weiter rückten, teils erst nach kurzer Rast den Weitemarsch antraten, während andere hier und in den benachbarten Ortschaften in die wohlverdiente Ruheunterkunft kamen. Die Fronttruppen werden nun unmittelbar folgen! Gedanken an ihre übermenschlichen Leistungen in Hitze und Kälte gegen einen übermächtigen Feind, und die gerechte Würdigung ihrer nunmehrigen Marschleistung, die der Heimat den Geist und die Kraft nicht erlahmen lassen, ihnen jede mögliche Erquickung teilwerden zu lassen.

o Der Postverkehr über den Rhein. Der Telegraphen- und Fernsprechverkehr mit den linksrheinischen Gebieten, sowie mit der neutralen Zone und mit Elsaß-Lothringen wird auch nach Belegung dieser Gebiete durch den Feind in vollem Umfange aufrechterhalten. Der Verkehr wird vermutlich nur einer Kontrolle durch den Feind unterworfen werden.

o Händlernutzen in Westfalen. In Minden in Westfalen wurden 84 Personen, die sich mit vielen anderen in einer Räuberbande zusammengeschlossen hatten, im Raum der mit Sicherheitspatrouillen gefangen genommen. Drei Haupttäter wurden sofort standrechtlich erschossen.

Für die Scheitelleitung und Angelegenheiten verantwortlich:
Theodor Kirchbühl in Sachsenburg.

Bekanntmachung.

Hier und da vorgekommene Mißverständnisse lassen uns, darauf hinzuweisen, daß die Fronttruppen selbstverständlich nicht zu entlassen sind. Zu den Fronttruppen zählen auch vorausgeschickte, im dienstlichen Interesse tätige Militärpersonen, wie Quartiermacher, Verbindungs-Offiziere usw.

Frankfurt a. M., 25. 11. 1918.

Der Arbeiter- und Soldatenrat beim städt. Generalkommando 18. A. d. R.

Kohlenversorgung!

Infolge der Demobilisierung und der Waffenstillstandsbedingung bezüglich der Ablieferung von Eisenbahnwagen und Lokomotiven ist die Aussicht, mit Städtischen Kohlen versorgt zu werden, sehr gering. Die Bürgerchaft wird sich daher in größerem Umfange mit bisher mit Braunkohlen beheizen müssen. Auch zu dem Transport mit der Bahn fehlt es an Waggons, weshalb Bemühungen der Stadt, ein Lastauto für den Kohlentransport zu bekommen, sind bis jetzt gescheitert. Die Bemühungen werden fortgesetzt, es wird aber schon so frühzeitig selbst Kohlen heranzuschaffen.

Die Braunkohlengruben geben bis zu 80 in Faßhausbrand für den Hausbrand ohne Bezugsschein. Sachsenburg, den 25. 11. 1918. Der Bürgermeister.

Staats- und Gemeindesteuern.

Öffentliche Mahnung.

Unter Hinweis auf die Bekanntmachung des Magistrats, mit Genehmigung des Herrn Finanzministers an die Steuerpflichtigen, werden alle Steuerpflichtigen, welche mit Zahlung der Staats- und Gemeindesteuer für das 3. Vierteljahr noch rückständig sind, hierdurch aufgefordert, die Steuerrückstände bis zum 28. d. M. an die Stadtkasse einzuzahlen.

Nach Ablauf dieser Frist erfolgt ohne weitere Aufforderung die Benachrichtigung der kostenpflichtigen Zwangsbeiträge. Sachsenburg, den 22. November 1918.

Die Stadtkasse.

Wer erteilt einem Kriegsbefehlshaber, 22 Jahre, Unterricht in Französisch? Offerten erbeten an die Geschäftsst. d. Blattes.

Besseres kleines

Hotel

am liebsten mit größerem Obst- und Gemüsegarten von Fachmann zu kaufen gesucht. Angeb. unt. R. N. 7080 beschr. Rudolf Wöffe, Köln.

Empfehle mich für

Hauschlachtungen.

Julius Krämer
Sachsenburg.

Männliche Arbeiter

stellen ein

Gustav Berger & Co.
Sachsenburg.

Ia. Roth zum Schlachten

prima reiner Pflanz- und Mastnüsse, eingetroffen.

E. von Saint Germain
Sachsenburg.

Briefpapier und Umkleen in bester Ware
Ch. Kirchbühl, Sachsenburg.

Rote Rosen.

Roman von H. Courths-Mahler.

21) Nachdruck verboten.

Mit einem Seufzer schmeigte sie sich tiefer in ihren Sessel und sah mit ihrem lausteligen und lächelnden Vächeln in sein Gesicht. Aber dies Vächeln, das diesen Männern hätte gefährlich werden müssen, hatte keine Gewalt über Graf Rainer. In seinem Herzen hatte ein anderes Bild siegreich seinen Einzug gehalten, als das der schönen Gräfin Gerlinde, ein Bild, das ihm schöner und holdere erschien, als das aller anderen Frauen, und vor dessen Vließreiz selbst das Bild der einstigen Geliebten seines Herzens, der ehemaligen Prinzessin Delene, verblassen war.

Ohne daß er so recht wusste, wie es geschehen konnte, war seine alte Liebe erloschen, und eine neue erfüllte nun sein Herz.

Er dachte an Rosa, während er in Gerlindes Antlitz sah. Das gab seinem Bild einen strahlenden Glanz, der sie zu allerlei Hoffnungen berechtigen konnte.

„Ja, lieber Rainer — du hast recht. Auch ich habe empfunden, daß mir das Leben noch viel schuldig geblieben ist. Dies Gefühl ist allerdings erst in den letzten Monaten in mir wach geworden. Ich war schon beinahe abgestumpft durch meine Resignation. Erst seit du mir näher getreten bist und mich mit so viel zarter Fürsorge umgeben hast, hat das Leben wieder angefangen, mir einiges Interesse abzugewinnen. Du bist mir ein so lieber, treuer Freund geworden und teilst meine geistigen Interessen. Rochus hatte ja nur Sinn für Pferde, Sport und — vielleicht noch für schöne Frauen. Er war im Grunde doch ein oberflächlicher Mensch.“

Es berührte Rainer unangenehm, daß sie in dieser Weise von ihrem toten Gatten sprach. Zum ersten Male mißfiel ihm etwas an ihr, wenn er sich auch bemühte, ihr gerecht zu werden und ihren Unwillen auf ihre unglückliche Ehe zu schreiben.

Graf Rochus war allerdings in geistiger Beziehung kein Elitemensch gewesen; aber er war gut, klug und warmherzig, keinesfalls oberflächlich gewesen. Zum ersten Male sprach Gräfin Gerlinde zu ihm in so tabellarischer, beinahe verächtlicher Weise von ihrem verstorbe-